



v. l. n. r.: W. Daum, E. Höfer, OB D. Langner, S. Mannheim, E. Bialk, T. Weiss-Bollin, G. Engel, C. Keul, B. Flöck, R. Emmerich, M. Berger, M. Gutberlet, B. Busch, P. Thomas

Pressemitteilung vom 17.06.2021

**KOBLENZ**  
VERBINDET.



## Stadtverwaltung und Radentscheid legen Maßnahmenpaket vor

Intensive Gespräche und Diskussionen liegen hinter den Beteiligten der Stadtverwaltung und des Radentscheids. Unter dem Motto „Koblenz: In Zukunft besser Radfahren“ haben sich die Fachämter der Stadtverwaltung unter Leitung von Baudezernent Bert Flöck und die Vertretergruppe des Radentscheids sowie unter teilweiser Begleitung des Oberbürgermeisters David Langner über die wesentlichen Grundzüge eines zukunftsorientierten Radverkehrs in Koblenz verständigt.

Wie beide Seiten einheitlich berichten, fanden die Gespräche durchweg in konstruktiver und wertschätzender Art und Weise statt, so dass beim Abschlusstermin am 16.06.2021 ein Paket geschnürt werden konnte, bei dem beide Parteien der Meinung sind, dass dadurch der Radverkehr in Koblenz deutlich vorankommt.

Der intensive und zeitlich anspruchsvolle Prozess - die Auftaktveranstaltung fand am 08.04.21 statt - konnte gelingen, weil mit Marion Gutberlet vom Büro Sweco eine externe Moderatorin durch den Diskussionsprozess führte.

Ergebnis sind Vereinbarungen und Strategien, die sich auf die verschiedenen Aspekte eines zukunftsorientierten Radverkehrs beziehen. Entsprechend der einzelnen Themenschwerpunkte in den vier Gesprächsrunden beinhalten sie Maßnahmen und Ziele bei der Entwicklung des Radverkehrsnetzes, der Unterhaltung und Qualität der Radwege, der ergänzenden Ausstattung wichtiger radrelevanter Infrastrukturen oder der Öffentlichkeitsarbeit. Zur besseren zeitlichen Orientierung und Priorisierung wurden alle Maßnahmen den drei Zeithorizonten 2022, 2024 und 2027 zugeordnet. Spätestens 2027 soll Koblenz dann über ein durchgängiges Radverkehrsnetz verfügen, auf dem sich Radfahrende sicher und zielorientiert bewegen können.

Nicht immer reichte die Zeit in den Gesprächen, um alle Themen im Detail zu diskutieren und finale Aussagen festzulegen. Zu vielschichtig und rechtlich anspruchsvoll sind manche Aspekte, die bei der Planung und Umsetzung zu beachten sind.

Dennoch wurde eine umfassende textliche Zusammenstellung erarbeitet, ergänzt um Tabellen und Karten zu verschiedenen Themen, die nun dem Stadtrat am 15. Juli zur Entscheidung vorgelegt werden.

Der Beschluss hätte dann auch Auswirkungen auf die personelle und finanzielle Ausstattung der Stadtverwaltung zur Umsetzung der vereinbarten Ziele und Maßnahmen.

Den begonnenen Austausch über die Sommer hinaus fortzuführen und einzelne Fragestellungen projektbezogen weiter zu diskutieren, haben sich beide Parteien ebenfalls verständigt und als Vereinbarung niedergeschrieben. Man ist sich einig, die Sofortmaßnahmen für eine Verbesserung der Radinfrastruktur zu intensivieren und einige wichtige Radverbindungen in der Innenstadt möglichst kurzfristig nach verkehrsrechtlicher Überprüfung schritt- und auch probeweise zu entschärfen und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu erhöhen.

Der Zukunftsplan ersetzt und konkretisiert damit die wesentlichen Ziele und Forderungen des Radentscheids, der bei Zustimmung des Stadtrates sein Bürgerbegehren zurücknimmt, aber weiterhin eine aktive Rolle in der Umsetzung der Maßnahmen einnimmt.